

**A N F R A G E** von Regula Götsch Neukom (SP, Kloten) und Peter Reinhard (EVP, Kloten)

betreffend Entlastungsmassnahmen für die Bevölkerung in Kloten

---

Seit der Änderung des Anflugregimes zwecks Entlastung der süddeutschen Bevölkerung werden in Kloten Wohngebiete, die bis anhin zumindest für Klotener Verhältnisse als ruhig galten, neu mit massivem Lärm belastet und dies in den empfindlichen Stunden am Abend und am frühen Morgen. Ausschlafen ist, zumindest bei geöffnetem Fenster, nicht mehr möglich, frühes zu Bett gehen als Ausgleich dazu aber auch nicht.

Die Auswirkungen von grosser Lärmbelastung auf die Gesundheit sind bekannt und müssen nicht weiter erläutert werden. Der Lärmbelastung im Schlafzimmer kann mit Schallschutzmassnahmen allein nicht beigesteuert werden. Mindestens in den Sommermonaten müssten die Wohnungen auch bei geschlossenen Fenstern be- und entlüftet werden können. Was durch keinerlei technische Massnahmen behoben werden kann, ist der Verlust eines ruhigen Aufenthaltes im Freien am Feierabend.

Dies alles bedeutet eine grosse Einbusse an Lebensqualität für ein Gebiet, in dem mit dieser zusätzlichen und massiven Belastung nicht gerechnet werden musste und weshalb dort in den letzten Jahren grosse, neue Wohngebiete entstanden sind. Den Menschen dort kann nicht vorgeworfen werden, sie hätten gewusst worauf sie sich einlassen, sondern sie sind die Leidtragenden der herrschenden Flughafenpolitik und es muss ihnen schnell geholfen werden.

Ich bitte den Regierungsrat um Stellungnahme zu den folgenden drei Massnahmen:

- Kurzfristig: Die Ausrichtung eines „Lärmferiengeldes“ an die betroffene Bevölkerung, so lange bis ein erträglicheres Regime eingeführt wird, damit sich die Bevölkerung zum Beispiel hin und wieder ein ruhiges Wochenende in den Bergen oder längere Ferien leisten kann?
- Kurz- bis mittelfristig: Schnelle Nachrüstung der Wohnungen mit Schalldämmlüftern, sofern das jetzige Regime länger in Kraft bleiben sollte und sofern die Bewohnerinnen und Bewohner dies wünschen?
- Mittel- bis längerfristig: Die Übernahme der Umzugskosten von Menschen, die die Belastung nicht länger tragen können respektive wollen?